

Kapitel 1

Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum in der Europäischen Union

Zu den größten sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, denen die Regierungen der Europäischen Union derzeit gegenüberstehen, gehören die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und der wachsende Anteil der Bevölkerung, der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht ist. In diesem Kapitel wird die Rolle der Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum bei der Bewältigung dieser Herausforderungen erörtert. Außerdem ist ein Fahrplan zur Lektüre des übrigen Buches enthalten.

1. Anmerkung der Türkei: Die Informationen in diesem Bericht zu „Zypern“ beziehen sich auf den südlichen Teil der Insel. Es existiert keine den türkischen und den griechischen Bevölkerungsteil der Insel gemeinsam vertretende Instanz. Die Türkei erkennt die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) an. Bis im Rahmen der Vereinten Nationen eine dauerhafte und gerechte Lösung gefunden ist, wird sich die Türkei ihre Stellungnahme zur „Zypernfrage“ vorbehalten.

2. Anmerkung aller in der OECD vertretenen EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Union: Die Republik Zypern wird von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen mit Ausnahme der Türkei anerkannt. Die Informationen in diesem Bericht beziehen sich auf das Gebiet, das sich de facto unter der Kontrolle der Regierung der Republik Zypern befindet.

Was sind Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum?

Politiken für das Unternehmertum werden als integrationsfördernd bezeichnet, wenn sie das Ziel verfolgen, Menschen, die einer benachteiligten oder in Bezug auf das Unternehmertum oder den Arbeitsmarkt unterrepräsentierten sozialen Gruppe angehören, bei der Unternehmensgründung oder der Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit zu helfen. Zu diesen Gruppen gehören Frauen, junge Menschen, Ältere, ethnische Minderheiten und Zuwanderer, Menschen mit Behinderungen und Arbeitslose. Solche Politiken leisten Unterstützung bei allen Modellen des Unternehmertums, unter anderem bei der Schaffung und dem Betrieb von Unternehmen mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, bei gewinnorientierten und gemeinnützigen Tätigkeiten (darunter das soziale Unternehmertum) und in Vollzeit und Teilzeit ausgeführten Tätigkeiten. Diese Unternehmertätigkeiten können von Einzelpersonen oder Teams ausgeführt werden und ein weiteres Wachstum und die Einstellung von Arbeitnehmern anstreben oder auch nicht. Diese Tätigkeiten haben, ungeachtet ihrer Größenordnung und ihres Umfangs, alle gemein, dass sie die Menschen, die im Vergleich zu abhängig Erwerbstätigen gefährdet sind und in unsicheren Verhältnissen leben, miteinbeziehen.

Das Ziel der Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum ist es sicherzustellen, dass alle Menschen ungeachtet ihrer persönlichen Merkmale und ihres persönlichen Hintergrunds die Möglichkeit erhalten, ein Unternehmen zu gründen und zu führen oder eine selbstständige Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Politische Entscheidungsträger können dieses Ziel fördern, indem sie Fehler auf den Märkten beseitigen sowie institutionelle und verhaltensbezogene Ineffizienzen angehen, die für benachteiligte und unterrepräsentierte Gruppen schwer zu Buche schlagen würden. Ziele können dabei zum Beispiel sein: Verbesserung des Zugangs zu Finanzierung und der Bedingungen hinsichtlich des Risikograds und fehlender Sicherheiten; Überwindung von Hindernissen bei der Aneignung unternehmerischer Fähigkeiten und dem Zugang zu Netzwerken aus der Beschäftigung, Erwerbslosigkeit oder Arbeitslosigkeit heraus; Aufbau einer für Unternehmer aus Gruppen außerhalb der Allgemeinheit förderlichen Kultur; Sensibilisierung für die Möglichkeiten, Vorteile und Verfahren des Unternehmertums; und Stärkung der Motivation, derartigen Tätigkeiten nachzugehen.

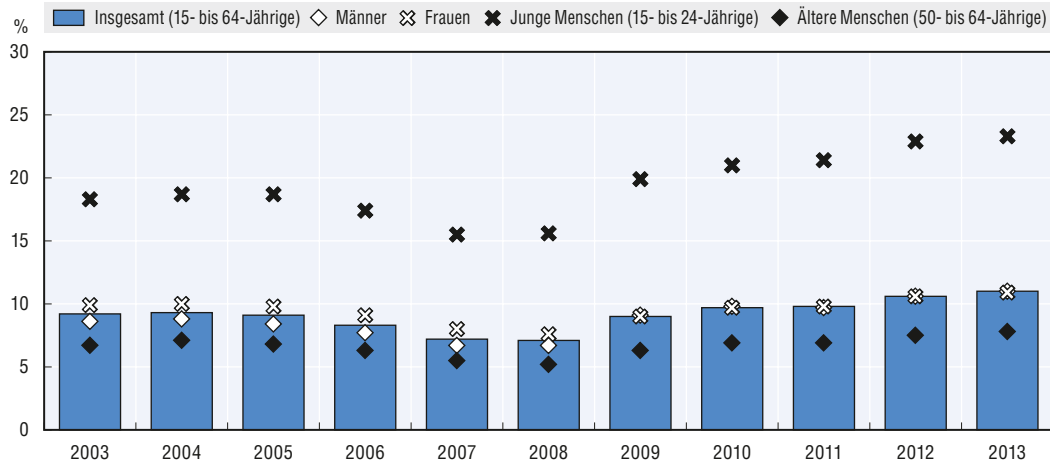
Man erwartet sich zweierlei Ergebnisse. Erstens zielen diese Politiken darauf ab, die Gründung nachhaltiger Unternehmen durch die Mitglieder der anvisierten Bevölkerungsgruppen zu stimulieren und zu unterstützen. Dies steigert die Beteiligung am und die Bindung an den Arbeitsmarkt, was den Einzelpersonen zweifellos zugutekommt, da ihnen ermöglicht wird, mit ihrem erwirtschafteten Einkommen ihren Lebensstandard zu verbessern. Darüber hinaus können die Einzelpersonen durch das Unternehmertum aktivere Mitglieder der Gesellschaft sein, was ihr Selbstvertrauen steigert und ihre lokale Gemeinschaft aufbaut und stärkt. Es kann auch wirtschaftliche Vorteile bringen, wenn Einzelpersonen in eine Stellung versetzt werden, in der sie zur Entstehung von Einkommen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen können.

Zweitens ist ein wichtiges Ergebnis der Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Mitglieder der Zielbevölkerungsgruppen. Es kann nicht erwartet werden, dass jede Person, die eine Unternehmergeausbildung oder entsprechende Unterstützung erhält, im weiteren Verlauf ein Unternehmen gründet. Jedoch sorgt die Teilnahme an Unternehmergeausbildungsprogrammen, die Arbeit mit einem Betreuer oder Mentor oder die Unterstützung bei der Entwicklung eines Geschäftsplans dafür, dass Personen sich Kompetenzen und Erfahrungen aneignen, durch die sich ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessert. Dies stellt ein positives Ergebnis dar, selbst wenn die jeweiligen Personen kein nachhaltiges Unternehmen gründen.

Warum sind Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum so wichtig?

Seit Beginn der Wirtschaftskrise ist die Arbeitslosigkeit in allen Zielgruppen der Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum gestiegen (Abbildung 1.1). Während die Arbeitslosenquote insgesamt mit durchschnittlich 10% bei allen Gruppen hoch ist, ist sie insbesondere unter jungen Menschen, von denen 2013 ungefähr ein Viertel in der Europäischen Union arbeitslos war, drastisch angestiegen.

Abbildung 1.1. Arbeitslosenquoten in der Europäischen Union

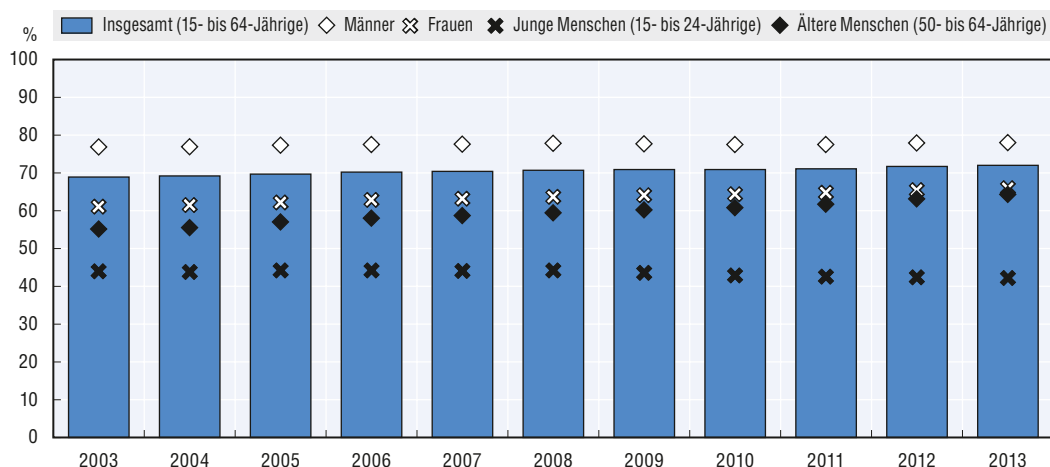


Quelle: Eurostat (2014), Arbeitskräfteerhebung 2003-2013.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933313909>

Allerdings zeigt die Arbeitslosenquote nur einen Teil des Gesamtbildes. Es ist auch wichtig, die Erwerbsquoten zu berücksichtigen, da diejenigen, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, nicht in die Arbeitslosenzahlen und -quoten aufgenommen werden. Abbildung 1.2 zeigt die Erwerbsquoten für die größten Zielgruppen des integrationsfördernden Unternehmertums. Zwischen 2008 und 2013 blieb die Erwerbsquote insgesamt für Erwachsene im erwerbsfähigen Alter knapp über 70%. Für einige soziale Gruppen lagen die Erwerbsquoten allerdings erheblich niedriger. Auch wenn sich die Erwerbsquoten bei den Frauen und Älteren gegenüber dem Stand von 2008 etwas verbessert haben, lagen sie 2013 bei nur 66% bzw. 64%. Die Erwerbsquote der jungen Menschen sank von 44% im Jahr 2008 auf nur 42% im Jahr 2013.

Abbildung 1.2. Erwerbsquoten am Arbeitsmarkt in der Europäischen Union

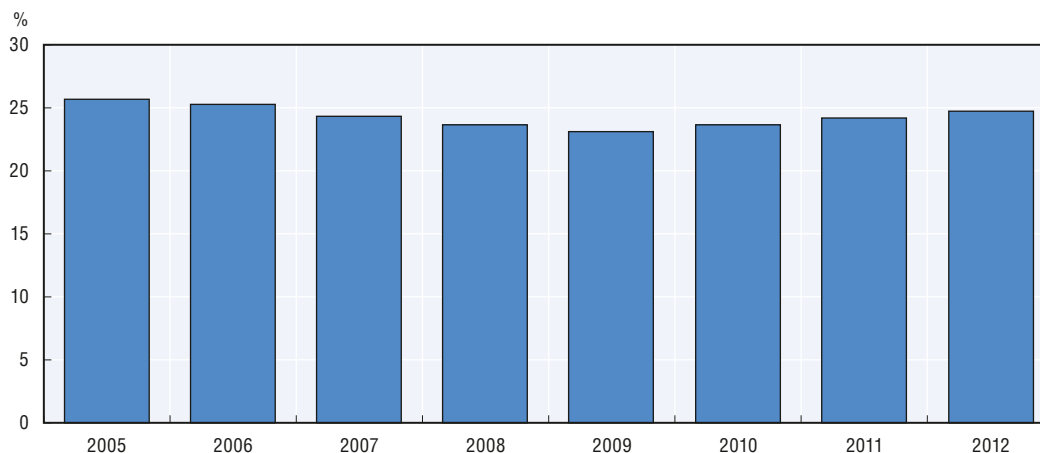


Quelle: Eurostat (2014), Arbeitskräfteerhebung 2003-2013.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933313916>


Armut und soziale Ausgrenzung sind zudem seit langem Herausforderungen für die Europäische Union. 2012 war beinahe ein Viertel der europäischen Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Zwar verringerte sich dieser Anteil vor der Krise, doch kehrte der Beginn der Rezession den Trend um und brachte das Problem wieder zurück zum Anfang (Abbildung 1.3). Die Entwicklung der Strategie Europa 2020 erneuerte die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, diese Herausforderung zu bewältigen, indem die Anzahl der von Armut bedrohten Menschen bis 2020 um 20 Millionen verringert wird (siehe http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm).

Abbildung 1.3. Anteile der EU-28-Bevölkerung, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind



Hinweise: 1. In den in Abbildung 1.3 präsentierten Daten ist Kroatien vor dem Jahr 2010 nicht enthalten. Die Einbeziehung von Kroatien in den Jahren 2010 bis 2012 hat keine Auswirkungen auf die präsentierten Daten.

Quelle: Eurostat (2014b), Statistik über Einkommen, soziale Eingliederung und Lebensbedingungen, 2014.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933313922>

Zur wirksamen Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung dient eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Diese Maßnahmen umfassen Schulungen, Arbeitsplatzteilung, Beschäftigungsbeihilfen und Programme zur Unternehmensgründung für Arbeitslose, Nichterwerbstätige sowie Erwerbstätige, die Gefahr laufen, ihren Arbeitsplatz unfreiwillig zu verlieren. 2011 gaben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union etwa 205 Milliarden EUR für aktive arbeitspolitische Eingriffe aus. Dies entspricht 1,9% des zusammengenommenen BIP der Mitgliedstaaten (Abbildung 1.4).

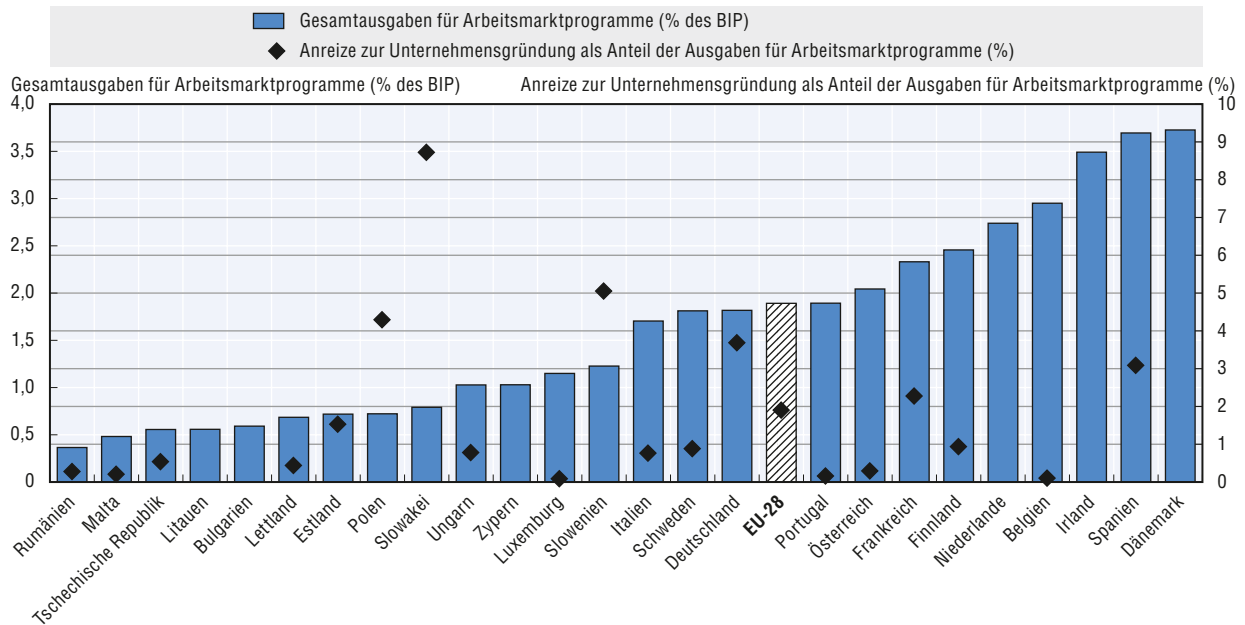
Dennoch wird nur ein kleiner Anteil all dieser Ausgaben für Anreize zur Unternehmensgründung verwendet – etwa 2% auf Ebene der Europäischen Union. Dieser Anteil fällt je nach Mitgliedstaat unterschiedlich hoch aus. In der Slowakei machten im Jahr 2012 Anreize zur Unternehmensgründung 9% aller Ausgaben für aktive Arbeitsmarktprogramme aus. Es scheint, dass in Anbetracht des Interesses zahlreicher Arbeitsloser oder Nichterwerbstätiger an der Unternehmensgründung, der Hindernisse, denen sie tendenziell ohne öffentliche Unterstützung gegenüberstehen, alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten und der Vorteile hinsichtlich der Beschäftigungsfähigkeit und der langfristigen Bindung an den Arbeitsmarkt der Förderung der selbstständigen Erwerbstätigkeit und der Unternehmensgründung im Rahmen von aktiven arbeitspolitischen Maßnahmen nicht ausreichend Aufmerksamkeit zukommt.

Es sollte bedacht werden, dass von den Arbeitslosen, die wieder ins Erwerbsleben eintreten, etwa 10% selbstständig tätig sind (Abbildung 1.5) und dass diese Programme auch denjenigen zugutekommen, die im weiteren Verlauf kein Unternehmen gründen oder deren Unternehmensgründung nicht erfolgreich ist – unter anderem können sie ihre Kompetenzen ausbauen und ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern. Auf den ersten Blick reichen die 2% der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktprogramme, die zur Förderung der selbstständigen Erwerbstätigkeit und der Unternehmensgründung aufgewendet werden, nicht für die 10% der Arbeitslosen aus, die tatsächlich ein Unternehmen gründen. Der Grund für diese Diskrepanz scheint eher im Mangel an

Bewusstsein und Tradition in diesem Bereich der Regierung zu liegen als in der mangelnden Eignung der Instrumente.

Unternehmensgründungen und selbstständige Erwerbstätigkeit sind natürlich kein Allheilmittel. Zahlreiche Arbeitslose bzw. Nichterwerbstätige sind für diese Art der Förderung entweder nicht geeignet oder ihnen fehlt die entsprechende Motivation. Zudem müssen die Eingriffe gut durchdacht sein, um wirksam und effizient zu sein. In diesem Bericht wird dargelegt, wie dies erreicht werden kann, und der Nachweis erbracht, dass dies auch wirksam erfolgen kann.

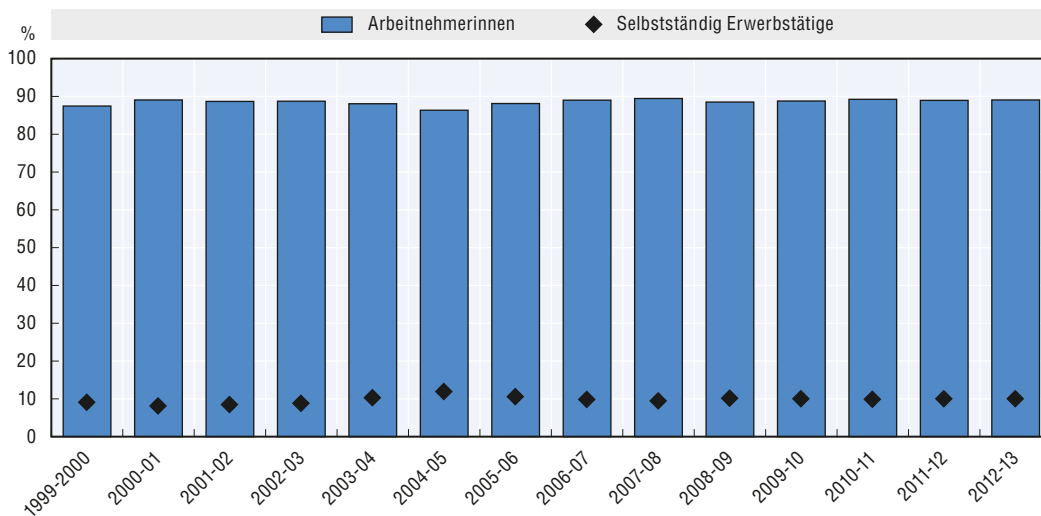
Abbildung 1.4. **Ausgaben für Arbeitsmarktprogramme und Anreize zur Unternehmensgründung, 2011**
Als prozentualer Anteil am BIP



Quelle: Eurostat (2014c), AMP-Ausgaben nach Interventionsart, 2014.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933313938>

Abbildung 1.5. **Arbeitsmarktaktivität im Anschluss an Arbeitslosigkeit in den EU-28**
Anteile der selbstständig Erwerbstätigen unter den Arbeitslosen, die im folgenden Jahr wieder Arbeit aufgenommen haben



Quelle: Eurostat (2014), Besondere Auswertung der Arbeitskräfteerhebung, 2000-2013

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933313942>

Kurzer Fahrplan zur Lektüre dieser Publikation

In diesem Buch wird untersucht, wie ein integrationsförderndes Unternehmertum von der Politik unterstützt werden kann. Im Teil I sind Daten zum Umfang und zur Qualität des Unternehmertums und der Unternehmensgründung in der Europäischen Union nach Schlüsselgruppen erfasst, die innerhalb des Unternehmertums benachteiligt oder unterrepräsentiert sind – Frauen, junge Menschen, Ältere, Arbeitslose und Zuwanderer.

Das erste Kapitel von Teil I, **Kapitel 2, enthält Daten zur selbstständigen Erwerbstätigkeit und zu anderen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Unternehmensgründung von Frauen in der Europäischen Union**, einschließlich der Quoten und Anzahl der selbstständig erwerbstätigen Frauen und der Sektoren, in denen sie tätig sind. In diesem Kapitel werden zudem die Daten des Global Entrepreneurship Monitor zu unternehmerischen Tätigkeiten in den verschiedenen Lebenszyklusphasen vorgestellt. Weitere Umfragedaten werden verwendet, um einen Einblick in die Hindernisse, denen Frauen bei der Unternehmensgründung gegenüberstehen, und andere zentrale Merkmale ihrer Unternehmen zu gewähren. Auf die gleiche Weise **werden in den Kapiteln 3 und 4 Daten zu selbstständiger Erwerbstätigkeit und unternehmerischen Tätigkeiten von jungen Menschen und Älteren vorgestellt**. Diese Daten umfassen Selbstständigenquoten, die Anteile der selbstständig Erwerbstätigen mit Arbeitnehmern und das bei der selbstständigen Erwerbstätigkeit erzielte Einkommen je nach Gruppe. Daten werden auch zur Veranschaulichung der unternehmerischen Tätigkeiten von jungen Menschen und Älteren in den verschiedenen Lebenszyklusphasen aufgezeigt. **Kapitel 5 enthält Daten zur Unternehmensgründung und zur selbstständigen Erwerbstätigkeit von Arbeitslosen**, einschließlich des Anteils der Arbeitslosen, die eine selbstständige Erwerbstätigkeit angestrebt haben, sowie des Anteils, der sich tatsächlich selbstständig gemacht hat, und **Kapitel 6 stellt Daten zur selbstständigen Erwerbstätigkeit unter den im Ausland Geborenen vor**, darunter entsprechende Selbstständigenquoten.

Nach Ausführungen zu den Raten unternehmerischer Tätigkeit in den Hauptzielgruppen der Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum schließt sich Teil II dieses Buches mit einer Untersuchung zweier spezifischer politischer Fragen an. **Kapitel 7 untersucht, wie Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum das Wachstum von Unternehmen fördern können, die von Frauen, jungen Menschen, Älteren und Zuwanderern gegründet werden**. Sowohl die bei wachsenden Unternehmen bestehenden Hindernisse als auch die Maßnahmen, die politische Entscheidungsträger ergreifen können, um Einzelpersonen in Bezug auf das Unternehmenswachstum zu unterstützen, werden erörtert. **In Kapitel 8 wird ein tiefer gehender Blick in die Bereiche Coaching und Mentoring gewährt**, die am häufigsten von öffentlichen Unterstützungsprogrammen eingesetzt werden, um Unternehmer, einschließlich Unternehmer aus unterrepräsentierten und benachteiligten Gruppen, sowohl bei der Entwicklung ihrer Unternehmen als auch bei ihrer persönlichen Entwicklung zu unterstützen. Dieses Kapitel geht auf die Unterschiede zwischen Coaching und Mentoring, die jeweiligen Vorteile und wirksame Ansätze für die Gestaltung und Bereitstellung von Coaching und Mentoring in der Europäischen Union ein. Im Rahmen dieser Erörterung werden Beispiele aus der gesamten Europäischen Union angeführt.

Schließlich werden in Teil III des Buches Maßnahmen für ein integrationsförderndes Unternehmertum aus jedem der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union herausgestellt. **Es werden für jedes Land der Europäischen Union inspirierende politische Vorgehensweisen vorgestellt, mit denen ein integrationsförderndes Unternehmertum unterstützt wird, sowie zentrale Daten zur selbstständigen Erwerbstätigkeit und zum Unternehmertum in unterrepräsentierten und benachteiligten Gruppen innerhalb des Landes**.

Literatur

- Eurostat (2014), Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (AKE), <http://ec.europa.eu/eurostat/web/lfs/data>.
- Eurostat (2014b), Statistik über Einkommen, soziale Eingliederung und Lebensbedingungen (SILC), <http://ec.europa.eu/eurostat/web/income-and-living-conditions/data>.
- Eurostat (2014c), Arbeitsmarktpolitik: Ausgaben nach Interventionsart, <http://ec.europa.eu/eurostat/web/labour-market/labour-market-policy/database>.



From:
The Missing Entrepreneurs 2015
Policies for Self-employment and Entrepreneurship

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/9789264226418-en>

Please cite this chapter as:

OECD/European Union (2016), "Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum in der Europäischen Union", in *The Missing Entrepreneurs 2015: Policies for Self-employment and Entrepreneurship*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264249943-4-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.